

Von der Unabhängigkeit zur Spaltung

Gestern vor 239 Jahren erklärten 13 amerikanische Kolonien ihre Unabhängigkeit von der britischen Krone. Man wollte nicht immer mehr Steuern zahlen, ohne mitreden zu können. Heute sind die USA die größte Militärmacht und Volkswirtschaft der Welt. Wie ticken die US-Amerikaner politisch, einst und heute?

1. Die US-Bürger, welche 1776 Krieg gegen Englands König führten, waren von Freiheitsgedanken erfüllt. In der Unabhängigkeitserklärung hieß es unter Berufung auf den Philosophen John Locke, dass alle Menschen gleich, frei und mit denselben Rechten ausgestattet seien.

In Wirklichkeit waren die Unterzeichner allesamt Männer sowie Großgrundbesitzer und Sklavenhalter. Für Sklaven aus Afrika galten bis 1865 keine Menschenrechte. Frauen erhielten erst 1920 das vollständige Wahlrecht zugesprochen. Doch der Gleichheitsbegriff wurde zur Legende, obwohl bis heute Diskriminierungen an der Tagesordnung sind.

2. Wenig geändert hat sich auch an den sozialen Ungleichheiten. Das Haushaltseinkommen

2016 wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Höchste Zeit also, sich über Politik und Kultur im Land der unbegrenzten Möglichkeiten Gedanken zu machen.

von Schwarzen liegt bei knapp über 40.000 Dollar im Jahr. Weiße kommen auf fast das Doppelte, haben ein zwölfmal so großes Vermögen und fünf- bis sechsmal mehr Geld auf dem Pensionskonto. Das deutsche Handelsblatt schreibt treffend, die Einkommensdifferenzen seien schlimmer als in Uganda oder Kasachstan.

3. Noch ärger sind die finanziellen Unterschiede in der Politik. Im Kongress als Parlament der USA gibt es nur private Wahlkampffinanzierung. Sogar Präsidentschaftskandidaten entscheiden sich häufig gegen Steuermittel für ihre Kampagnen.

Das klingt gut, allerdings werden 2016 voraussichtlich über fünf Milliarden(!) Dollar ausgegeben. Es gewinnt,

wer reicher ist. Zugleich bekommt niemand Millionen gespendet und bleibt von den Geldgebern unbeeinflusst. Außerdem stammt ein Großteil der gigantischen Summen von Interessengruppen mit unklarem Hintergrund.

4. Zurück zu den Löhnen: Diesen entsprechend lebt man in wirtschaftlich getrennten Welten und Wohnghettos. Hier staut sich gegenseitiger Hass auf. Regelmäßig kommt es – so vergangenen Sommer in der Kleinstadt Ferguson – zu Unruhen und polizeilicher Willkür.

„Schwarz sein, das

heißt schuldig sein!“ erscheint als Grundgedanke des „Stop and Frisk“-Programms. Polizisten dürfen gezielt Minderheiten aus dem Straßenverkehr herausfangen und ohne konkreten Verdacht durchsuchen. Genauso gibt es weiße und schwarze Mörder, doch Letztere werden mit 20-mal höherer Wahrscheinlichkeit hingerichtet. Seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1977 traf sie noch nie Weiße, die Schwarze umbrachten.

5. Mittlerweile ist die weiße Mehrheit von zwei Drittel der Bevölkerung ähnlich tief gespalten. Einst galten Republikaner und Demokraten als „Allerweltsparteien“.

Auffallend waren bloß regionale Abweichungen. Bis ungefähr 1990 galt, dass

ein Südstaatendemokrat so weit rechts von einem Nordstaatenrepublikaner stand, dass sie sich nicht einmal mit dem Fernglas sehen konnten.

Unser Rechts-Links-Schema mit den angeblich sozialistischen Demokraten war Unsinn. Nun freilich ist die Republikanische Partei mit ihren „Tea Party“-Vertretern in einer Rechtsaußenposition. Das geht so weit, dass Rick Santorum als Bewerber für das Präsidentenamt nicht bloß den vorehelichen Geschlechtsverkehr ablehnt. Er ist – mit Ausnahme der drei- oder viermaligen Kinderzeugung – gegen einen solchen in der Ehe.

6. Nicht einmal Nationalstolz und Patriotismus können die Gegensätze in den USA überdecken.

Denn das politische System ist föderalistischer als unsere Bundesländer. Politik ist Sache der Einzelstaaten, solange die Verfassung nicht das Gegenteil sagt. Was selten der Fall ist. Über österreichische Debatten zur Steuerhoheit der Länder lacht man. Das ist sowieso klar.

Ursprünglich waren sogar Währung und Arme keine Bundessache.

Aus Sicht mancher Amerikaner erscheint subjektiv die Wahl des lokalen Friedensrichters oder Feuerwehrhauptmanns wichtiger als die Bundesregierung.

7. Was bleibt, das ist der Präsident als Symbol der Einheit.

Schließlich wird er als einziger Politiker national gewählt, die Kongressabgeordneten im Einzelstaat oder Wahlbezirk. Er muss demnach alle Widersprüche ausgleichen. Was zu Mythen und Überschätzung führt.

Das Problem ist, dass seine Kompetenzen sehr beschränkt sind. Denn das Misstrauen gegen jede Zentralisierung in Washington D.C. ist so stark, dass eine komplizierte Aufteilung der Macht mit dem Kongress erfolgte. Der Präsident allein kann nichts ausrichten. Deshalb müssten die USA nicht Jeb Bush oder Hillary Clinton wählen, sondern einen Wunderwuzzi – der es schafft, woran Barack Obama scheiterte: ein gespaltenes Land zu vereinen.

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems.

Professor Peter Filzmaier analysiert regelmäßig für die „Krone“ – auch die bevorstehenden amerikanischen Wahlen 2016. Die USA sind heute die einzige Supermacht.

Fotos: fotolia, Martin A. Jöchl

